Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 18. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 5 Pfge. Einzelne Nummern 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 18 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Neustädter ... an Wochentagen ... Nachm. 4 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile ... die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige ... Pränumerando-Zahlung ...

Nachttelegramme. Berlin. Das sächsische Königspaar ist heute Abend ½9 Uhr mittelst Extrazuges hier angekommen und von dem Kaiserpaar, dem Kronprinzenpaar, dem Prinzen Wilhelm und sämmtlichen Prinzen des kaiserlichen Hauses auf dem Anhalter Bahnhofe empfangen worden, woselbst auch eine Ehrenkompagnie des 2. Grenadierregiments mit Fahne und Musik aufgestellt war. Beim Verlassen des Zuges intonirte die Musik die Sachsenhymne und das zahlreich versammelte Publikum begrüßte den König von Sachsen mit lebhaften Hochrufen. Das Kaiserpaar geleitete hierauf das Königspaar nach dem Schloß. Nach der Ankunft nahm das Kaiserpaar mit sämmtlichen Prinzen u. Prinzessinnen den Thee bei dem sächs. Königspaare ein.

Paris. Senat. Broglie interpellirte über die Waffenlieferung an Griechenland. Ferry erinnerte an die Note Decazes, welche den Waffenverkauf gestattet. So lange der Krieg nicht erklärt sei, seien die mit den Verkäufen beauftragten Artillerie-Directoren ohne jede politische Vermeinung frei, sich von dem alten Material befreien zu können. Als die Regierung in letztem Augenblicke Kenntniß von dem Waffenverkauf erhalten, untersagte sie die Ausfuhr vollständig. Auch nicht eine Patrone sei ausgeführt. Es sei kein Grund vorhanden, von einer geheimen Regierung zu reden. Die einfache Tagesordnung wurde angenommen.

Novität. **August Synetzky,** Novität.
Juwelier, Gold- und Silberarbeiter, Ostra-Allee 2
empfiehlt als reizenden Damenschmuck **„Guten Morgen, Vielliebchen"!** Namenszüge, Monogramme, Münzen, Facsimile, als Broschen, Cravattennadeln, Boutons und Collier zu tragen, sowie auch als Verzierung für Albums u. Visitenkartentäschchen etc. in saubersten Ausführung.

Residenz-Theater.
Freitag den 25. Februar 1881
7. Gastspiel von Anna Schramm:
1) Frauen-Emancipation. 2) Das erste Mittagessen. 3) Garibaldi. 4) For's Theater lass ich mein Leben.
Sonnabend: 8. Gastspiel von **Anna Schramm.**
Benefiz für Herrn **O. Will: Auf eigenen Füssen.**

Nr. 56. | Witterung vom 24. Februar: Barometer nach Oskar Dowid, Waisenhausstr. 19, ... Mm., seit gestern 4 Mill. gefallen. Thermometr. n. Reaum.: ... Temp. ..., höchste Temp. ... | Aussichten für den 25. Februar: Zunächst noch wenig Aenderung. | **Freitag, 25. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Bierey in Dresden.

Politisches

Schon wunderte man sich, daß 4 × 24 Stunden vorübergingen, ohne daß man aus Berlin von dem Sturze eines neuen Ministers was erfuhr; diese ungewohnte Pause in dem Ministerpurzeln wirkte beinahe beunruhigend. Doch jetzt bereits meldet man glaubhaft, daß sich in aller Stille zwischen dem Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck und seinem Stellvertreter, Grafen Stollberg, eine Spannung vorbereite. Letzterer hat zwar im Gesammtministerium gegen Eulenburg und für Bismarck gestimmt. Er hat ferner die vier anderen Minister, die der Ansicht Eulenburg's waren: die Herren v. Kameke, v. Puttkamer, Dr. Friedberg und Dr. Lucius (Krieg, Kultus, Justiz und Landwirthschaft), bewogen, ihre Absicht, gleichfalls die Entlassung zu nehmen, wieder aufzugeben. Aber Graf Stollberg war es auch, der darauf bestand, daß Fürst Bismarck unbedingt eine Art Erklärung im Herrenhause abzugeben habe; auch billigte er nicht das Bismarck'sche Verfahren gegen Eulenburg. Graf Stollberg, der reichste Magnat Preußens, hat nur auf besonderen Wunsch des Kaisers die Stellvertretung Bismarcks im Reichskanzler- und Ministerpräsidentenamte übernommen und sehnt sich aus den Reibungen dieser Posten in die ruhigere Stellung seines unabhängigen Privatlebens zurück. Vielleicht bleibt er; vielleicht auch nicht. Zunächst hat er noch den preußischen Landtag geschlossen. Natürlich ist es nicht zu einer Verständigung zwischen beiden Häusern über das Zuständigkeitsgesetz gekommen. Dasselbe scheiterte vielmehr an dem §, welcher das Bestätigungsrecht der Regierung auf die Wahl des Bürgermeisters und seines Stellvertreters beschränken sollte. Eine ähnliche Bestimmung besteht zwar in Sachsen ohne öffentlichen Schaden; ja, der frühere Städteordnungs-Entwurf des ersten Grafen Eulenburg enthielt sie selbst; nachträglich fand man aber heraus, daß die freie Wahl auch solcher Stadträthe, die sich nicht mit der Polizei, sondern mit milden Stiftungen, Wasserleitung und dergl. Dingen von Amtswegen zu befassen haben werden, eine Gefahr für die Sicherheit des Staats in sich schließt. Regierung und Herrenhaus fordern Bestätigung aller gewählten städtischen Beamten und da das Abg.-Haus auf seiner freieren Auffassung beharrt, stürzt das Zuständigkeitsgesetz unerledigt zusammen. Da nun ein früher beschlossenes Behördenorganisationsgesetz am 1. April in Kraft treten soll, dazu jedoch die Abänderung einiger Vorschriften über die Zuständigkeit dieser Behörden eine unerläßliche Voraussetzung ist, so schwebt ein Theil der Behörden vollständig in der Luft; Störungen, Lücken und Wirrnisse in der Verwaltung sind unvermeidlich.

Damit nicht genug. Die ganze für Preußen unbedingt nothwendige Reform seiner Verwaltung ist damit in's Stocken gerathen. Zwei Eulenburge haben ihre Portefeuilles über diese Verwaltungsreform verloren, ohne welche Preußen nicht im Stande ist, den Erfordernissen der Reichsgesetze zu entsprechen. Man erwartet nunmehr, daß die ganze Verwaltung nach rückwärts so revidirt werde, daß die Selbstständigkeit der Gemeinden einem dem französischen nachgebildeten Präfektursysteme weicht. Durch das Scheitern des Zuständigkeitsgesetzes ist der Thätigkeit des preußischen Landtags der Charakter einer trostlosen Oede aufgedrückt worden. Die beiden Gesetzentwürfe über die Eisenbahngarantien sind gar nicht zur zweiten Verhandlung gekommen, obwohl man ihnen schon in der vorhergehenden Session eine ganz besondere Wichtigkeit beilegen wollte; das Verwendungsgesetz ist in der Kommission unter den seltsamsten Erscheinungen gescheitert. Zu Stande gekommen sind außer dem Budget mit seinem zweideutigen Steuererlaß, einige Sekundärbahnen, das Pfandleihgesetz, das Gesetz über gemeinschaftliche Holzungen, das Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz, einige kleine Vorlagen von provinziellem Charakter. Und dafür eine Session voll von namenlosen Anstrengungen für die Regierungsvertreter, wie für die Abgeordneten.

Das Bekanntwerden der griechischen Waffenverkäufe in Frankreich verursacht den Republikanern von der Sorte Gambetta denn doch mehr Kopfschmerzen, als sie zugeben. Die Sache verhält sich so: Am 17. Februar kamen 26 Waggons mit 25 Millionen Patronen, als Handelsgut bezeichnet von Paris im Bahnhof zu Havre an. Der Adressat erklärte auf die Aufforderung, die Lieferung zu übernehmen, er sei nicht in der Lage, dies zu thun, da die Schiffe, deren Hauptladung die Patronen bilden sollten, noch nicht angekommen seien. Man wandte sich an den Oberst der Artillerie, der sich weigerte, die gefährliche Ladung in die Depots aufzunehmen. Das Ende war, daß die Handelskammer von Havre in Bewegung gerieth und die Waggons auf einer benachbarten noch nicht beendeten Linie ausladen ließ. Nachträglich ergab sich, daß die Firma Heilbronner in Paris (Stammesgenossen Gambetta's) diese 25 Mill. Patronen von der Artillerie-Direktion in Vincennes ausgehändigt erhielt, die sie mehreren Forts von Paris entnehmen ließ und daß ein eigener Erlaubnißschein des Präfekten von Paris den Transport dieser Patronen mit der Bestimmung „für Griechenland" nach Havre dirigirte. Man wählte absichtlich einen Hafen im Kanal und nicht den naturgemäßeren von Marseille, um die heimliche Unterstützung der Griechen mit französischem Kriegsmaterial nicht zu verrathen. Wohlgemerkt: all' Das that Gambetta mit Hilfe des gefälligen Kriegsministers Farre, ohne daß die Regierung von diesem Schmuggel Kenntniß hatte. Sofort aber, als die Sache ruchbar wurde, schritt die Regierung loyal ein. Sie verhinderte die Einschiffung dieses Kriegsmaterials, so daß nicht eine Patrone nach Griechenland kam. Ebenso hat die Regierung den Verkauf von 50,000 Gewehren (System Gras) aus den Vorräthen des Staates, ebenfalls an die Griechen, sofort verhindert und die Waggons damit angehalten, als sie von diesem eigenthümlichen Geschäfte im Kriegsministerium erfuhr. Es ist das eine recht saubere Wirthschaft. Gambetta verfügt hinter dem Rücken der Regierung über Kriegsmaterial, um auf eigene Hand auswärtige Politik zu treiben! Man sucht die Sache so zu drehen, als sei nur überflüssiges oder ausrangirtes Kriegsmaterial verkauft worden und das sei in alle Weise erlaubt. Obige wahrheitsgetreue Darstellung beweist das Fadenscheinige dieser Ausrede. Die Doppelzüngigkeit des nach äußeren Verwickelungen dürstenden Gambetta ist durch diese Vorgänge außer allen Zweifel gestellt worden.

Unter den Führern der irländischen Bewegung ist heftiger Zwist ausgebrochen. Parnell hat sich durch seine Verbrüderung mit Rochefort und der französischen Revolutionspartei seinen Landsleuten arg verdächtig gemacht. Der Erzbischof von Dublin wendet sich gleichfalls von ihm ab. Da Parnell Protestant ist, sah ihn von jeher die katholische Geistlichkeit mit mißtrauischen Augen an; sie haßt in ihm den Konkurrenten in der Gängelung der Volksmassen. Jetzt verwünscht der Erzbischof von Dublin ihn mit feierlichen Worten. Auch der zweitpopuläre Irländer, Shaw, kehrt sich gegen Parnell. Er verurtheilt die in Irland wachgerufene Bewegung mit ihrem anarchischen und terroristischen Treiben ganz und gar und bezeichnet die Agitatoren als eine gewissenlose Bande von Volksverführern, die bei dem ersten Zeichen der Gefahr sich davonschleichen und in Sicherheit bringen und das von ihnen mißleitete Volk in den Händen einer entrüsteten Klasse und der strafenden Regierung lassen. Mr. Shaw verzweifelt daran, daß Irland diesmal die nothwendigen Reformen erhalten werde, weil die Agitatoren die Nutzlosigkeit von Concessionen erwiesen hätten.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 24. Febr.

Reichstag. Das Haus ist schwach besetzt. Staatssekretär Scholz eröffnet die erste Lesung des Etats mit einem Rückblick auf die letzten Etatsjahre. Während das Jahr 1878/79 mit einem Deficit von 16 Millionen abschloß, beträgt der Ueberschuß 1879/80 23 Millionen, welcher in den vermehrten Einnahmen durch die neuen Zölle seine Ursache hat. Von diesem Ueberschuß stehen aber nur 6½ Millionen Mark zur Verfügung, da über die übrige Summe schon zur Deckung der Bedürfnisse des laufenden Jahres Verfügung getroffen ist. Für das laufende Jahr läßt sich auch nur ein annähernd gleiches Resultat nicht erwarten. Von den Zöllen und der Tabaksteuer ist ein Ueberschuß für das Reich nicht möglich. Ausfälle ergeben sich bei der Branntweinsteuer und voraussichtlich auch in hohem Maße bei der Rübenzuckersteuer, Mehreinnahmen bei der Salzsteuer, Post, Telegraphie und den Eisenbahnen. Bei der Armeeverwaltung führen die höheren Roggenpreise u. A. zu Ueberschreitungen. Es bleibe eine unerwünschte Thatsache, daß das Reich Das, was es den Einzelstaaten aus den Erträgnissen der Zölle und indirecten Abgaben giebt, ihnen wieder in gleichem Maße durch Erhöhung der Matricularbeiträge abnehmen muß. Es sei dies eine neue Mahnung, der weiteren Entwickelung der Finanzreform zuzustimmen. Der nächste Redner ist natürlich (l'Etat c'est moi) Richter-Hagen: Das praktische Resultat der neuen Zölle war gleich 0; es beträgt 1½ Mill., d. i. 4 Pf. pro Reichsbürger. Der Staatssekretär empfehle nun: weitere Steuern. Im Abgeordnetenhaus hat die Regierung erklärt, daß die Erträge der neu in Aussicht genommenen Reichssteuern nur verwendet werden sollen, um den Einzelstaaten finanziell aufzuhelfen. Der Reichskanzler erklärte neulich, daß der Frieden auf lange Zeit hinaus gesichert sei. Er wolle keine Schwächung der Wehrkraft des Reiches; aber dieselbe könne man unbeschadet gewisser Ersparnisse (2jährige aktive Dienstzeit) erhalten. Der neue Etat zeige eine Mehrbelastung von 92 Millionen Mark, wovon 50 Millionen den Einzelstaaten zufließen, während 42 Millionen dem Reiche verbleiben. Von diesen 42 Millionen verlangen Militär und Marine allein 33 Mill. Der Reichskanzler sagt, er habe nichts versprochen; aber man wird sich der verlockenden Bilder erinnern, die z. Z. der Reichskanzler entwarf. Jetzt, wo es sich um Steuerbelastung handle, möge der Kanzler auch so warm den armen Mann vertreten, wie bei dem Steuererlaß. Die Preise auf dem Weltmarkt seien allgemein gestiegen, so für amerik. Schmalz, Petroleum ꝛc. Nur Rindfleisch mache eine Ausnahme. Die Löhne seien nicht gestiegen, sondern zurückgegangen. Auch im Gewerbe seien heute die Preise vielfach niedriger als vor den Zöllen. Des Reichskanzlers Prestige habe durch das neue System ein bedeutendes Fiasko erlitten. Er versuche es jetzt auf dem Gebiete der Großindustrie, diese Scharte auszuwetzen. Aber man sage sich: Warum verspricht er immer, ehe noch die alten Versprechungen erfüllt sind. Die Brausteuer befördere den Branntweingenuß, die Stempelsteuer sei unwirthschaftlich; wenn die Wehrsteuer möglich, dann sei auch eine Reichseinkommensteuer möglich. Man wolle aus den Reichseinnahmen für die Bedürfnisse der Kommune sorgen. (Fürst Bismarck tritt ein.) Durch dieses Verfahren müsse das Reich in alle Kommunen eingreifen und man komme unweigerlich zum Einheitsstaate. Bei Uebernahme des Handelsministeriums habe der Reichskanzler geäußert, er wolle das Reich erobern. Eine einheitliche Regelung des Versicherungswesens wünsche er, aber eine Reichsversicherungsanstalt sei doch etwas ganz Anderes. Der Kanzler bekümmere sich gar nicht um die Beschlüsse des Reichstages betreffs der Tabaksteuer, der Besteuerung der Dienstwohnungen ꝛc. Windthorst wünscht eine Organisation der Regierung; was nütze eine solche Organisation ohne selbstständige Personen? Der Reichskanzler könne die Gegenstände gar nicht alle beherrschen, die er übernommen. So entstehe eine ruckweise Verwaltung und schließlich eine Verwirrung. Die Industrie, der Handel und Verkehr kämen nicht zur Ruhe. Das Reichseisenbahnprojekt schwebe noch in der Luft; das Monopol erschüttere die Tabaksindustrie ꝛc. Gehen wir auf diesem Wege fort, so ruiniren wir uns, ruinirt sich der Kanzler selbst. Fürst Bismarck: Richter habe sich fast ausschließlich mit einer Kritik seiner (des Redners) Person beschäftigt. Er könne sich, wolle er seine Pflicht thun, nicht in dem Maße schonen, wie es der Fürsorge Richter's wünschenswerth erscheint. Wenn bei uns „eine heillose Verwirrung" herrsche, wie sehe es denn dann in anderen Ländern aus? Man sehe sich doch um. Er sei nicht so schlimm, wie ihn Richter schildere. Die Reichsverfassung kenne keine andere Verantwortlichkeit als die des Reichskanzlers. Er müsse aber, um verantwortlich zu sein, freie Entschließung innerhalb seines Rayons haben. Er habe die Beschlüsse des Bundesraths auszuführen; wenn er seine Unterschrift, weil mit seiner Verantwortlichkeit nicht vereinbar, verweigere, so werde abzuwarten sein, ob der Bundesrath vom Kaiser einen neuen Kanzler verlangen, der die gefaßten Beschlüsse ausführt. Kommissionsbeschlüsse des Reichstags seien noch keine Plenarbeschlüsse; darauf hin könne er nicht eingebrachte Gesetze aufgeben. Wenn er mit einem Minister nicht ferner zusammen arbeiten könne, so sei er immer bereit gewesen, die Zusammengehörigkeit zu lösen. Kein Minister klebe an seinem Posten; es bedürfe keiner besonderen Mittel, einen Minister zum Gehen zu veranlassen. Das Amt sei ein schwieriges; zudem herrsche in parlamentarischen Versammlungen ein Ton gegenüber den Vertretern der Regierung, der dem nicht entspricht, welcher sonst in der guten bürgerlichen Sitte ist. Er strebe nur nach Befestigung des nationalen Baues; die Frage, ob liberal oder konservativ, stehe ihm erst in zweiter Linie. Man müsse zu gewissen Zeiten liberal, zu gewissen Zeiten conservativ regieren. Man werde ihm nie nachweisen können, daß er jemals das nationale Ziel aus den Augen gelassen (Bravo.) v. Minnigerode tritt den Ausführungen Richter's entgegen. Die guten Wirkungen der Schutzzölle zeigten sich in der Steinkohlenförderung, in der Textilindustrie u. s. w. Dabei bleibe das Geld im Lande, wo es lebhaft roulire, und zudem habe sich der Export nicht vermindert, sondern sogar sehr bedeutend vermehrt. Er freue sich, daß er und seine Freunde in der Lage sein werden, auch in dieser Session den Reichskanzler zu unterstützen. (Bravo.) v. Benda bedauert, daß sich wieder für Militär-, Marine-, Post- u. s. w. Zwecke eine Anleihe nöthig mache, nachdem für diese Angelegenheiten schon eine Schuld von zweihundertzwanzig Millionen bestehe. Betreffs des laufenden Jahres habe der Staatssekretär hoffentlich zu schwarz gesehen; dasselbe lasse einen ansehnlichen Ueberschuß erwarten. Darauf wird die Verhandlung vertagt. — Dem Bundesrath wurde ein Antrag Preußens auf Zollanschluß von Wandsbeck vorgelegt.

Berlin. Die „Germania" schreibt: Der Rücktritt Eulenburg's ist definitiv; wegen des Nachfolgers schweben Verhandlungen mit dem Oberpräsident von Schleswig, Steinmann.

London. Als Gladstone gestern Abend vor seiner Wohnung den Wagen verließ, glitt er auf dem Trottoir aus, fiel mit dem Kopf gegen den Wagentritt und zog sich hierdurch eine ziemlich tiefe Wunde zu. Gladstone hütet das Bett, der Wagenverkehr in Downingstreet ist verboten. Fieber ist nicht vorhanden, doch ist einige Tage absolute Ruhe für Gladstone nothwendig.

Berliner Börse. Die Haltung war heute unentschieden. Ungünstige Einflüsse lagen nicht vor, aber die in letzter Zeit so stark gestiegenen Course mahnten zur Vorsicht. Das Geschäft bewegte sich in bescheidenen Grenzen. Schluß fester. Kredit ½ Mark schlechter, Franzosen 3, Lombarden 1½ Mark besser. Deutsche Bahnen ganz leblos, österreichische Bahnen fest, zum Theil etwas besser. Oesterreichische Prioritäten erfuhren dagegen mehrfach Abschwächungen. Deutsche Fonds fest, gut gefragt; für fremde überwog das Angebot. Banken ohne Leben; Dresdner Bank wurde etwas niedriger gehandelt. Bergwerke gedrückt, namentlich die spekulativen. Laura und Dortmunder je 1 Proc. niedriger. Auch für Industrien war wenig Kauflust bemerkbar. Etwas nachgeben mußten Sächs. Gußstahl und Stickmaschinen.

Lokales und Sächsisches.

— Mittelst Extrazugs sind gestern Abend ½6 Uhr beide königliche Majestäten zur Theilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten nach Berlin via Röderau mit großem Gefolge abgereist. Se. Majestät litt noch erheblich an einer starken Grippe. Zur Verabschiedung auf dem Bahnhofe — die Abwesenheit der Herrschaften dauert beinahe eine volle Woche — hatten sich unter Anderen der Stadtkommandant Generallieutenant v. Funke, Polizeipräsident Schwauß und Oberbürgermeister Dr. Stübel eingefunden.

— Aus der öffentlichen Stadtverordnetensitzung vom 23. ds., Vorsitzender Vicevorsteher Emil Lehmann. Bei der schon gestern gemeldeten Wiederwahl des Stadtrathes Böttger fielen auch je eine Stimme auf den Stadtbaurath Friedrich, Hofrath Ackermann, Fuhrherrn Berge und Hofrath Damm, sowie zwei auf den Stadtschreiber Wielisch; 7 Stadtverordnete enthielten sich der Abstimmung. Der Rath zeigt an, daß am 22. März, dem Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers, wieder Festtafel und Abends Beleuchtung der öffentlichen Plätze stattfinden soll. Das Kollegium sprach die Genehmigung aus zur Erbauung und zum Betriebe der Pferdebahnlinien Albertplatz-Waldschlößchen, Albertplatz-Medinger Lagerkeller, Heinrichstraße-Kaiser Wilhelmplatz-Leipzigerstraße bis zur Stadtgrenze und Bautznerstraße-Kurfürstenstraße-Albertbrücke-Ellasstraße; dabei wird der Rath auf Antrage des St.-V. Kaiser und Liebe u. Gen. ersucht, die Wiederaufnahme der Strecke Feldschlößchen-Plauenscher Platz und eine Linie vom Postplatz nach dem königl. Seminar bei der Pferdebahngesellschaft anzuregen. Es entspann sich bei dieser Gelegenheit eine umfängliche Diskussion, im Laufe deren wiederum mannigfache Bedenklichkeiten und Wünsche auftauchten und von der Gesellschaft die weitreichendsten Garantien und geradezu Opfer verlangt wurden, wie z. B. die Errichtung der erwähnten Linie nach dem kgl. Seminar, von der der Antragsteller selbst sagt, sie würde für jetzt kaum rentabel sein. Allerdings ist es richtig, was St.-V. Kaiser hervorhob, daß mit Genehmigung der Linie über die Augustusbrücke der Gesellschaft eine Rente verschafft wurde, deren Höhe für die Zukunft nicht annähernd abzuschätzen ist und daß schon dafür die Gesellschaft ihrerseits auch alles Mögliche thun kann, um den Interessen der Stadt nach allen Seiten zu dienen. Herr Stadtrath Hendel machte dagegen geltend, daß man doch bei aller Hochhaltung der Interessen des hiesigen Verkehrs ꝛc. nicht vergessen dürfe, daß die Unternehmer auch verdienen wollen und müssen, daß sie uns die Bahnen nicht aus Großmuth hierher bauen, bloß um das Vergnügen zu haben, hier fahren zu dürfen, sondern um ein rentables Geschäft zu machen, was ihnen auch nicht beneidet werden dürfe, sie müssen verdienen, um uns dienen zu können; man solle es den Leuten, die so große Summen jetzt für die Erbauung der verschiedenen neuen Linien aufwenden, nicht gar so schwer machen. Von vielen Seiten ward dem Herrn Stadtrath für seine überzeugende klare Rede lautes Bravo zugerufen. Da eine Eingabe des Kommandos der freiwilligen Turnerfeuerwehr, betreffend die Beibehaltung des Glockensignals bei Bränden, auf der Tagesordnung figurirte, so waren die Tribünen zahlreich von Turnerfeuerwehrleuten besetzt. Die kurze Debatte brachte indessen nur früher schon mehrfach in dieser Angelegenheit und in diesem Saale Gesagtes zu Gehör und das Kollegium kam zu dem vor der Hand einzig möglichen Beschluß: den Stadtrath in Ansehung der Dringlichkeit des Gegenstandes um schleunige Mittheilung seiner Ansicht darüber zu ersuchen, auf welche Weise er es für möglich halte, der Stadt die Mitwirkung der Turnerfeuerwehr bei der Bekämpfung von Feuersgefahr zu erhalten.

— Der Generalkonsul für die Republik Argentinien und Uruguay, der geh. Kommerzienrath v. Mensch, ist gestern im 84. Lebensjahre gestorben.

— Wie verlautet, sollen auf den sächsischen Secundärbahnhöfen nicht nur die Stationsglocken, sondern auch die Stationsuhren in Wegfall kommen.

SLUB
Wir führen Wissen.